



3. November 2023

Niederschrift

über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz (16/11)
am 25. September 2023

Landtag, Saal 7

Platz der Mainzer Republik 1, 55116 Mainz

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Dauer: 9.30 Uhr - 12.30 Uhr

Festgestellte Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festlegung der Tagesordnung
3. Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 3. Juli 2023
4. Information aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses
5. Information der Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes
6. Vorlage Nr. 19
Stellungnahme zur überarbeiteten „Fachkräftevereinbarung für Tageseinrichtungen für Kinder in Rheinland-Pfalz“
7. Schwerpunktthema Mediennutzung und Medienkompetenz
 - Vorstellung der Medienanstalt und ihrer Töchter, Auftrag und Ziele (Marc Jan Eumann, Direktor der Medienanstalt Rheinland-Pfalz)
 - Jugendmedienschutz mit klicksafe und Jugendschutz.net (u.a. Umgang mit dem Thema Sperrverfügung) (Marc Jan Eumann, Direktor der Medienanstalt Rheinland-Pfalz)
 - KIM- und JIM-Studien: Einordnung dieser Studien und deren Erkenntnisinteresse. Blick auf aktuellste Ergebnisse der JIM-Studie (Stephan Glöckler, Medienanstalt Rheinland-Pfalz)
 - Aktuelle Angebote, Möglichkeiten der Zusammenarbeit, eLearning und vulnerable Gruppen (Deborah Woldemichael, Team klicksafe)
 - Democracy Gym; Möglichkeiten der Zusammenarbeit (Mario DiCarlo, Team medien+bildung.com)
 - Medienpädagogische Initiativen und Angebote (Mario von Wantoch-Rekowski, Geschäftsführer medien.rlp)
8. Verschiedenes
 - Sitzungstermine 2024 – 2026



zu TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Bähr eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Herr Bähr gratuliert Frau Cornelia Willius-Senzer nachträglich im Namen des Landesjugendhilfeausschusses zum 80. Geburtstag.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zu TOP 2: Festlegung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgelegt.

zu TOP 3: Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 03. Juli 2023

Die Niederschrift über die Sitzung vom 03. Juli 2023 wird ohne Änderungen einstimmig angenommen.

zu TOP 4: Information aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Fachausschuss 1

Herr Steinberg berichtet aus der Sitzung des Fachausschusses 1 am 6. September 2023. Es wird auf die Berichtsvorlage verwiesen.

Bezüglich der Änderung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes auf Bundesebene weist Herr Steinberg darauf hin, dass hierdurch das AGKJHG in Rheinland-Pfalz entsprechend an die aktuelle Gesetzeslage angepasst werden muss. Er bittet um Informationen zum diesbezüglichen Vorgehen.

Frau Egger-Otholt erklärt, dass das Landesjugendamt bereits erste Überlegungen angestellt hat, an welchen Stellen im AGKJHG Änderungen sinnvoll wären. Diese wurden an das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration weitergegeben.

Frau Porr ergänzt, dass es zur Anpassung des AGKJHG derzeit noch keinen konkreten Zeitplan oder Überlegungen gibt. Sie weist zudem darauf hin, dass eine Änderung des AGKJHG in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erfolgen wird.

Die Bitte des Fachausschusses 1 um einen Auftrag zur Entwicklung einer grundsätzlichen Stellungnahme zum Doppelhaushalt 2025/2026 von Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der geplanten Kürzung des Kinder- und Jugendplans des Bundes führt zu einer Diskussion darüber, ob diese Stellungnahme sinnvoll ist, ob eine gemeinsame Positionierung des Landesjugendhilfeausschusses besser wäre und was sie beinhalten sollte.

Mit Blick auf die anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2025/26 schlägt Herr Steinberg vor, dass jeder Fachausschuss wie bereits in der Vergangenheit eine Stellungnahme formuliert, die anschließend als Grundlage für eine gemeinsame Positionierung im Landesjugendhilfeausschuss dienen soll.

Frau Völcker empfiehlt die Erarbeitung von zwei Papieren: einen politischen Appell für die Haushaltsaufstellung sowie eine konkretere Stellungnahme, sobald der Entwurf zum Haushaltsplan 2025/2026 vorliegt.

Auch Frau Schuster betont, dass in der derzeitigen Situation ein Appell an alle handelnden Akteurinnen und Akteure im Vorfeld gebraucht werde. Die Aussage von Ministerpräsidentin Malu Dreyer, dass das Land die Defizite, die möglicherweise durch Kürzungen auf Bundesebene entstehen, nicht ausgleichen werde, weise bereits auf voraussichtlich folgenschwere Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hin.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig, dass die Fachausschüsse 1, 2 und 3 im Hinblick auf den künftigen Doppelhaushalt 2025/2026 jeweils ein Papier verfassen, in dem sozialpolitische Forderungen in Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe formuliert werden. Die Stellungnahmen sollen in der nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 27. November 2023 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2025/2026 besprochen werden. Eine konkrete Stellungnahme zum Haushaltsplan 2025/2026 soll erstellt werden, wenn der entsprechende Entwurf vorliegt.

Fachausschuss 2

Herr Prof. Dr. Haderlein berichtet aus der Sitzung des Fachausschusses 2 am 7. September 2023. Es wird auf die Berichtsvorlage und den TOP 6 verwiesen.

Am 17. Oktober 2023 findet eine zusätzliche Sitzung des Fachausschusses 2 zum Thema „Sprachentwicklung und Sprachförderung“ statt, bei der Prof. Dr. Gisela Kammermeyer einen Vortrag hält.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig, den Fachausschuss 2 mit der Überarbeitung der Empfehlungen zur Kindertagespflege von 2017 zu beauftragen.

Fachausschuss 3

Aus der Sitzung des Fachausschusses 3 am 11. September 2023 berichtet Frau Völcker. Es wird auf die Berichtsvorlage verwiesen.

Herr Bähr zeigt sich besorgt über die derzeitige Situation der unbegleiteten Minderjährigen.

Zudem weist er darauf hin, dass die Erarbeitung eines gemeinsamen Positionspapiers zur Entwicklung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz eines Beschlusses durch den Landesjugendhilfeausschuss bedarf. Das Positionspaper des Fachausschusses 3 soll heute an die Fachausschüsse 1 und 2 versendet werden, damit diese in den kommenden Fachausschusssitzungen darüber beraten können.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Beschluss zur Erarbeitung eines gemeinsamen Positionspapiers auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses zu setzen.

zu TOP 5: Information der Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes

Zunächst berichtet Frau Porr aus dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration zu folgenden Themen:

▪ **Stiftung Anerkennung und Hilfe**

Frau Porr erinnert an den Bericht zur Stiftung Anerkennung und Hilfe in der Sitzung am 24. April 2023 und verweist in diesem Zusammenhang auf ein Projekt von Christian Schraper über die Geschichte der landeseigenen Heime im Bereich der Heimerziehung. Sie hat einige Exemplare des im Rahmen des Projekts entstandenen Buches mitgebracht, das die Anwesenden mitnehmen können.

▪ **Haushalt des Bundes**

Am 20. September 2023 fand im Rahmen des Weltkindertages eine große Demonstration in Berlin zum Bundeshaushalt statt. Frau Porr empfiehlt die Homepage der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (www.agj.de), die aktiv als Zusammenschluss öffentlicher und freier Träger an der Demonstration teilnahm. Die Bereinigungssitzung des deutschen Bundestages soll im November 2023 stattfinden.

▪ **Inklusive Kinder- und Jugendhilfe**

Der Beteiligungsprozess auf Bundesebene wurde mit der fünften Sitzung am 12. September 2023 beendet. Das Bundesministerium wertet nun die vielen Stellungnahmen und Expertisen aus. Eine große Tagung über den Prozess findet am 19. Dezember 2023 statt. Der entsprechende Referentenentwurf wurde für das erste Halbjahr 2024 angekündigt. Der Gesetzentwurf soll im Jahr 2025 vom Bundestag verabschiedet werden. Frau Porr betont, dass es sich hierbei um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt. Dies bedeutet, dass das Gesetz nur mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft treten kann.

▪ **Jugendbeirat**

Im Rahmen der Gründung eines Jugendbeirats auf Landesebene fanden die Jugendbeiratstage statt. Die dort erarbeiteten Ergebnisse sollen zeitnah gebündelt an das Ministerium geschickt werden. Frau Porr geht davon aus, in der nächsten Sitzung am 27. November 2023 mehr berichten zu können.

▪ **Pakt gegen sexualisierte Gewalt**

Derzeit befindet man sich in einer intensiven Arbeitsphase. So fand vor zwei Wochen eine große Veranstaltung mit Beteiligung von Frau Prof. Sabine Andresen statt. Des Weiteren haben die meisten Arbeitsgruppen bereits ihre zweite Sitzung durchgeführt. Aktuell finden Überlegungen zur Ausrichtung der Empfehlungen statt.

▪ **unbegleitete Minderjährige**

Derzeit gibt es eine Änderung der Regelungen, wonach junge Menschen, die aktuell außerhalb von Rheinland-Pfalz ankommen, nicht mehr über die Schwerpunktjugendämter im Rahmen der Clearing-Phase betreut werden, sondern unmittelbar auf alle Jugendämter verteilt werden.

Aktuell leben zwischen 1.500 und 1.600 junge Geflüchtete in Rheinland-Pfalz. Zudem gab es in diesem Jahr bereits über 750 Neuzugänge. Dies stellt eine große Herausforderung dar, auch im Hinblick auf die Information von Baden-Württemberg, dass das Bundesland seine Aufnahmequote übererfüllt hat und keine weiteren unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mehr aufnehmen kann. Im Rahmen einer Videokonferenz mit den Kommunen und dem Landesjugendamt wurde die Lage besprochen und erste Maßnahmen beschlossen.

- **Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesjugend- und Familienbehörden**
Hierbei handelt es sich um eine Arbeitsgemeinschaft der Abteilungsleitungen der Länder. Aufgrund der aktuellen Themenvielfalt werden derzeit viele Arbeitsgruppen eingerichtet, beispielsweise zu den Themen „umA“, „Fachkräfte“ und „Kindergrundsicherung“. Ebenso soll eine eigene Arbeitsgruppe zur inklusiven Kinder- und Jugendhilfe eingerichtet werden.
Am 13. Oktober 2023 findet zudem eine große gemeinsame Sitzung der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder mit der Kultusministerkonferenz statt.

Frau Reinert-Benedyczuk informiert aus dem Ministerium für Bildung zu folgenden Themen:

- **Erste Sitzung der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder mit der Kultusministerkonferenz**
Im Rahmen der ersten Sitzung werden die Themen „Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter“, „Übergang von der frühkindlichen Bildung in die Grundschule“ und „Fachkräfte“ besprochen.
In Vorbereitung auf diese Sitzung fand nach dem Treffen der AGJF eine gemeinsame Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene statt, bei der die Vorbereitungen der AGJF noch einmal gefestigt wurden. Frau Reinert-Benedyczuk zeigt sich zuversichtlich, dass man bei der Sitzung zu guten Beschlüssen für die nächsten Jahre kommen werde.
- **Fachkräftekampagne**
In den letzten Wochen wurden stark andere Betätigungsfelder als Kindertagespflege beworben. Hierzu fand Anfang September 2023 ein Shooting in Einrichtungen der Jugend- und Behindertenhilfe statt.
Das Ministerium für Bildung steht weiter mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration in Kontakt, um auch über die Internetauftritte hinaus auf die Vielfältigkeit der Betätigungsfelder in der Kinder- und Jugendhilfe aufmerksam zu machen.
Außerdem konnte der Fußballverein Mainz 05 als Unterstützer gewonnen werden. Das Ministerium wird entsprechend mit der Fachkräftekampagne am Familienspieltag am 30. September 2023 im Stadion teilnehmen. Für Mitarbeitende in den Einrichtungen der Jugendhilfe und Kitas gibt es die Möglichkeit Freikarten zu erhalten.
- **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter**
An der nächsten Präsenzsitzung der interdisziplinären AG nehmen neben den Jugendämtern aufgrund des großen Interesses auch Vertreter/innen der LIGA, des Volkshochschulverbandes, der Kirchen und des Landesjugendrings teil. Die Sitzung findet am 3. November 2023 im Ministerium für Bildung statt.

- **Erneuerung der Schulbaurichtlinie**

Frau Reinert-Benedyczuk bedankt sich für die Rückmeldungen zur Anhörung der Schulbaurichtlinie. Die vielen Anregungen, auch für das Kompendium, sollen berücksichtigt werden.

In der anschließenden Diskussionsrunde weist Herr Rösch in Bezug auf die Stiftung Anerkennung und Hilfe auf ein Filmprojekt mit Zeitzeugen-Interviews aus den Landes- schulen für Gehörlose und sinnesbehinderte Menschen hin. Das Projekt befindet sich derzeit in der Fertigstellung und soll voraussichtlich am 23. November 2023 vorgestellt werden.

Frau Graeff informiert über eine Mitteilung des Bundes, wonach der reduzierte Steuer- satz für Restaurant- und Verpflegungsleistungen ausläuft. Sie geht davon aus, dass sich dies auch auf den Bereich der Kitas auswirken wird. Am 29. September 2023 soll über den Antrag gesprochen werden. Frau Graeff möchte wissen, wie Rheinland-Pfalz dazu steht.

Frau Reinert-Benedyczuk erklärt, dass das Ministerium für Bildung hierzu keine Stel- lungnahme abgeben wird, da das Thema den Gastronomiebereich betrifft. Man müsse die konkreten Auswirkungen abwarten und sich dann überlegen, wie man diese am bes- ten auffängt. Da sich Frau Reinert-Benedyczuk noch nicht genauer mit dem Thema be- fasst hat, schlägt sie vor, sich zu erkundigen und in einer späteren Sitzung darüber zu berichten.

Herr Bähr fügt erklärend hinzu, dass manche Kindertagesstätten ihr Essen nicht selbst kochen, sondern aus gastronomischen Einrichtungen beziehen. Mit dem Auslaufen des reduzierten Steuersatzes könnten für Familien in schwierigen finanziellen Situationen zusätzliche Belastungen entstehen, für die dann eine Lösung gefunden werden muss.

Frau Karalia berichtet aus dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Transformation und Di- gitalisierung über das Landesprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut.

Das Programm ist seit 2018 wichtiger Bestandteil der Armutspolitik in Rheinland-Pfalz und dient der Unterstützung niedrigschwelliger und bedarfsorientierter Projekte zur ge- zielten Verbesserung der Lebenslagen von sozial und wirtschaftlich benachteiligten Kin- dern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz vom Schuleintrittsalter bis 21 Jahre.

Seit der Einführung erhielten 121 Projekte einen finanziellen Zuschuss, davon wurden im Jahr 2023 bisher 39 Projekte unterstützt.

Aufgrund der guten Resonanz ist für den zweiten Durchlauf in diesem Jahr ein erneuter Aufruf geplant; insgesamt handelt es sich um den achten Durchgang.

Für die Verwaltung des Landesjugendamtes informiert Frau Egger-Otholt zu folgenden Themen:

- **Unbegleitete Minderjährige – aktueller Stand**

Das Bundesland Baden-Württemberg kündigte am 5. September 2023 aufgrund der Übererfüllung der Quote an, alle neu eintreffenden Flüchtlinge bis Ende des Jahres direkt zur bundesweiten Verteilung anzumelden. Diese bundesweite Verteilung er- folgt dabei immer in die benachbarten Bundesländer, um den jungen Geflüchteten lange Wege zu ersparen.

Aufgrund des voraussichtlich starken Zuwachses an unbegleiteten Minderjährigen aus anderen Bundesländern (die Quote in Rheinland-Pfalz beträgt 90 Prozent) wurde schnell klar, dass die Schwerpunktjugendämter dies nicht werden leisten können. In einem Gespräch mit Vertreter/innen der Schwerpunktjugendämter wurde festgestellt, dass das Konzept der Schwerpunktjugendämter beibehalten werden soll, allerdings zu wenig Clearing-Plätze für die zusätzlichen minderjährigen Flüchtlinge vorhanden sind. Es wurde daher entschieden, die jungen Menschen, die über die Bundeszuweisung kommen, direkt gemäß der entsprechenden Quote an die Zuweisungsjugendämter weiter zu verteilen.

Nach der Versendung des Rundschreibens mit der Erläuterung des neuen Verfahrens fand in der letzten Woche ein Gespräch mit den Jugendämtern statt, bei dem über die Herausforderungen bezüglich der Aufnahme dieser jungen Menschen gesprochen wurde.

Zur weiteren Unterstützung der Jugendämter werden im Oktober 2023 verschiedene Fortbildungsangebote zum Ausländer- und Asylrecht sowie zur Inobhutnahme und vorläufigen Inobhutnahme von geflüchteten Minderjährigen bereitgestellt. Genauere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen werden zeitnah erfolgen. Zudem wird den Jugendämtern eine neue Statistik zur Verfügung gestellt, um den Kommunen die Planung zu erleichtern.

Des Weiteren will sich das Landesjugendamt im Oktober mit den freien Trägern und den Dachverbänden bezüglich weiterer Möglichkeiten zur Schaffung neuer Plätze in Verbindung setzen.

- **Maßnahmen der Jugendarbeit und Juleica**

Es wurde festgestellt, dass eine anhaltend sehr hohe Zahl an Maßnahmen zur Sozialen Bildung und Politischen Jugendbildung in Rheinland-Pfalz durchgeführt werden. Dies gilt ebenso für die Anträge auf Erstattung von Verdienstausschlag aufgrund des großen ehrenamtlichen Engagements. Frau Egger-Otholt bittet daher bezüglich der Antragsbearbeitung um Geduld.

Mit Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai 2023 wurde die Vereinbarung der Obersten Landesjugendbehörden vom November 1998 zur Einführung einer bundeseinheitlichen Card für Jugendleiterinnen und Jugendleiter geändert und ergänzt. Demnach können Inhaber/innen einer Jugendleiter/in-Card nun auch von den Vergünstigungen anderer Bundesländer profitieren.

- **Programm des SPFZ**

Das neue Programm des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums ist ab dem 9. Oktober 2023 online verfügbar und wird am 11. Oktober 2023 verschickt, sodass von da an Anmeldungen für Veranstaltungen im nächsten Jahr möglich sind.

- **Veranstaltung Sozialcuvée**

Frau Egger-Otholt lädt die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses zu der Veranstaltung „Sozialcuvée“ ein, die einmal jährlich im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung stattfindet. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden gesellschaftliche Entwicklungen aufgegriffen; in diesem Jahr geht es um das Thema „Reichsbürger – Herausforderung für die Zivilgesellschaft und die Verwaltung“. Die Veranstaltung findet am 13. November 2023 um 18 Uhr statt.

Die Einladungen werden im Laufe der Woche versendet.

Herr Prof. Dr. Haderlein möchte wissen, ob es bezüglich der unbegleiteten Minderjährigen eine spezielle Altersverteilung beziehungsweise einen Altersschwerpunkt gibt und ob die Kürzung der Mittel für die Politische Jugendbildung auf Bundesebene Auswirkungen auf die entsprechende Landesförderung in Rheinland-Pfalz hat.

Frau Egger-Otholt informiert, dass der überwiegende Teil der in Rheinland-Pfalz ankommenden unbegleiteten Minderjährigen zwischen 16 und 18 Jahre alt ist und aus Syrien und Afghanistan kommt. In anderen Bundesländern kommen dagegen mehr junge Geflüchtete aus dem südlichen Afrika.

Zu eventuellen Auswirkungen der Kürzungen auf Bundesebene auf die Landesförderung kann derzeit noch nichts gesagt werden.

Herr Bähr resümiert bezüglich der Flüchtlingssituation, dass die durch die Bundesverteilstelle neu nach Rheinland-Pfalz kommenden unbegleiteten Minderjährigen eine zusätzliche Herausforderung für ein ohnehin schon belastetes System darstellen.

zu TOP 6: Vorlage Nr. 19 Stellungnahme zur überarbeiteten „Fachkräftevereinbarung für Tageseinrichtungen für Kinder in Rheinland-Pfalz“

Herr Prof. Dr. Haderlein führt in den Tagesordnungspunkt ein und berichtet kurz über die Erarbeitung der Stellungnahme im Fachausschuss 2.

Der Fachausschuss 2 begrüßt die Weiterentwicklung der Fachkräftevereinbarung unter der Justierung der fachlichen Qualität und der Zugangsmöglichkeiten und hat einige Vorschläge für die Stellungnahme erarbeitet.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die Stellungnahme zur Fachkräftevereinbarung für Tageseinrichtungen für Kinder in Rheinland-Pfalz. Die Verwaltung wird mit der Weiterleitung an das zuständige Ministerium für Bildung beauftragt.

zu TOP 7: Schwerpunktthema Mediennutzung und Medienkompetenz

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er erklärt, dass es sich um ein Thema handele, das den Landesjugendhilfeausschuss in allen Bereichen beschäftigen werde. Anschließend begrüßt Herr Bähr das Team der Medienanstalt Rheinland-Pfalz und weist auf den Informationstisch mit weiteren Infomaterialien hin.

Anschließend informieren die Gäste anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Arbeit der Medienanstalt Rheinland-Pfalz und die verschiedenen Angebote. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

- **Vorstellung der Medienanstalt und ihrer Töchter, Auftrag und Ziele (Marc Jan Eumann, Direktor der Medienanstalt Rheinland-Pfalz)**

Das Ziel der Medienanstalt Rheinland-Pfalz ist die Ermöglichung von medialer Teilhabe für alle in Rheinland-Pfalz, wobei alle Maßnahmen stets der Demokratie dienen müssen, auch aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen.

Die Medienanstalt wird über ein pluralgesellschaftliches Gremium kontrolliert.

Albrecht Bähr ist hierbei Vorsitzender des Aufsichtsrats von medien+bildung.com GmbH sowie der bundesweiten Gremiovorsitzenden-Konferenz der Medienanstalten. Miguel Vicente ist stellvertretender Vorsitzender des Rechts- und Zulassungsausschusses der Medienanstalt Rheinland-Pfalz.

Die Medienanstalt versteht sich als gut vernetzte Organisation, die mit anderen Partner/innen vielfältig zusammenarbeitet.

- **Jugendmedienschutz mit klicksafe und Jugendschutz.net (u.a. Umgang mit dem Thema Sperrverfügung) (Marc Jan Eumann, Direktor der Medienanstalt Rheinland-Pfalz)**

Im Rahmen des Jugendmedienschutzes führt die Medienanstalt repressive Arbeiten aus, indem die Ausstrahlung bestimmter Inhalte im Internet, Fernsehen oder Radio, die jugendgefährdend oder entwicklungsbeeinträchtigend sind, an Bedingungen geknüpft werden. Die gesetzliche Grundlage bildet hierbei der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag.

- **KIM- und JIM-Studien: Einordnung dieser Studien und deren Erkenntnisinteresse. Blick auf aktuellste Ergebnisse der JIM-Studie (Stephan Glöckler, Medienanstalt Rheinland-Pfalz)**

Herr Glöckler stellt die KIM- und JIM-Studien vor, durch die seit 1998 repräsentative empirische Daten zur Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen gesammelt und ausgewertet werden. Die Medienanstalt Rheinland-Pfalz arbeitet hierbei mit der Landesmedienanstalt für Baden-Württemberg und mit der SWR-Medienforschung zusammen.

Frau Woldemichael ergänzt, dass „klicksafe“ die Ergebnisse dieser Studien nutzt, um gezielt Informationen für Eltern bereitzustellen und über die aktuellen Trends auf den von Kindern und Jugendlichen genutzten Diensten aufzuklären.

- **Aktuelle Angebote, Möglichkeiten der Zusammenarbeit, eLearning und vulnerable Gruppen (Deborah Woldemichael, Team klicksafe)**

Frau Woldemichael leitet das Team „Medienkompetenz“ in der Medienanstalt und die EU-Initiative „klicksafe“.

Die Initiative besteht seit 2004 und wird ab dem Frühjahr 2024 komplett von der Medienanstalt umgesetzt. Es handelt sich hierbei um das deutsche Awareness Centre der Europäischen Union mit einem bundesweiten Auftrag. Das Awareness Centre ist Teil eines Safer Internet Centres, die von der Europäischen Kommission gefördert werden. Klicksafe ist dabei seit 2008 für die Koordinierung des gesamten Safer Internet Centre für Deutschland zuständig. Safer Internet Centres existieren in der EU in insgesamt 30 Ländern und arbeiten vernetzt miteinander.

Das Ziel ist die bundesweite Förderung der Medienkompetenz und die Ermöglichung eines kompetenten und souveränen Umgangs mit dem Internet. Als Arbeitsgrundlage gilt dabei die „Better Internet for Kids“-Strategie der EU.

Informationen zu den aktuellen Themen und Kampagnen sowie weitere kostenfreie Materialien sind auf der folgenden Internetseite zu finden: klicksafe.de: [Die EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz](https://klicksafe.de)

- **Democracy Gym; Möglichkeiten der Zusammenarbeit (Mario DiCarlo, Team medien+bildung.com)**

Herr DiCarlo und Frau Zinn-Schätz informieren über das „Democracy Gym“. Hierbei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt von medien+bildung.com und klicksafe

mit Unterstützung der Medienanstalt Rheinland-Pfalz in Form von Workshops an Schulen ab Klassenstufe 8 und für außerschulische Gruppen. Das Ziel dieser Workshops ist die Jugendlichen dabei zu unterstützen, eine eigene Haltung beziehungsweise Meinung zum Thema „demokratisches Zusammenleben“ zu entwickeln.

In den Workshops wird dabei hauptsächlich digital mit technischen Geräten, wie beispielsweise Tablets, gearbeitet, um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, selbst aktiv Medien zu gestalten, statt sie nur zu konsumieren.

▪ **Medienpädagogische Initiativen und Angebote (Mario von Wantoch-Rekowski, Geschäftsführer medien.rlp)**

Herr von Wantoch-Rekowski stellt anhand der Internetseite [medien.rlp.de](https://www.medien.rlp.de) das Institut für Medien und Pädagogik e.V. vor. Bei diesem handelt es sich um einen anerkannten freien Träger der Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz, der aus dem Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e.V. hervorging und sich im Jahr 2020 in medien.rlp umbenannte.

Der Verein führt überwiegend im außerschulischen Bereich medienpädagogische Angebote zu bestimmten Themenschwerpunkten durch und bietet im Rahmen der jeweiligen Thematik Filmvorführungen sowie Filmgespräche für Kinder und Jugendliche an.

Das Ziel der Projekte ist, Kinder und Jugendliche aktiv und kreativ in die Mediennutzung einzubeziehen und dabei indirekt pädagogische Prozesse zu initiieren. Der Verein begreift Medien als Werkzeuge, die einen speziellen Zweck erfüllen und den Menschen das Leben erleichtern.

Medien.rlp finanziert sich über eine institutionelle Förderung des Landes sowie Projektförderungen und Mitgliedsbeiträge.

Außerdem ist die jeweilige Geschäftsstelle des Dachverbands der kommunalen Jugendvertretungen und des Landesjugendbeirats Rheinland-Pfalz bei medien.rlp angesiedelt.

Im Anschluss erfolgt ein angeregter Austausch über unterschiedliche Aspekte der Vorträge.

Herr Bähr resümiert abschließend, dass vieles möglich ist, wenn die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden und viele Angebote nicht nur der Medienkompetenz, sondern auch der Demokratiestärkung dienen. Daher sei es für alle im Bildungsbereich Tätigen existenziell notwendig, dass diese Gelder nicht gestrichen, sondern aufgestockt werden. Neben Lesen, Rechnen und Schreiben sei Medienkompetenz die vierte wichtigste Kompetenz und entscheidend für die Zukunft der Demokratiefestigkeit, Meinungsbildung und Selbstbestimmung. Der Vorsitzende erklärt, dass man in den Fachausschüssen und zusammen mit der Verwaltung überlegen werde, wie man mit den Themen weiter umgehe.

zu TOP 8: Verschiedenes

- **Sitzungstermine 2024 – 2026**
Der Vorsitzende gibt die Sitzungstermine für die Jahre 2024 bis 2026 zur Kenntnis.
- **JES! mit PEP vor Ort 3**
Herr Wiechmann lädt die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses zur Abschlussstagung von JES! mit PEP vor Ort 3 am 5. Oktober 2023 ein.
- **Landesreisekostengesetz**
Mit Wirkung vom 8. Juli 2023 sind die vom Landtag Rheinland-Pfalz beschlossenen Änderungen des Landesreisekostengesetzes, der Landestrennungsgeldverordnung und des Landesumzugskostengesetzes in Kraft getreten.
Die Änderungen sind auf der Internetseite des Landesamtes für Finanzen unter folgendem Link einsehbar: [Landesamt für Finanzen | Informationen zur Änderung des LRKG, der LTGV sowie des LUKG \(lff-rlp.de\)](#)
- **Abschied von Matthias Rösch**
Der Vorsitzende verabschiedet den Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen Herrn Matthias Rösch. Er dankt Herrn Rösch im Namen des Landesjugendhilfeausschusses für seine Expertise sowie die Mitbegleitung und Mitförderung der Arbeit, da die heute besprochenen Themen auch Menschen mit Beeinträchtigungen massiv beschäftigen. Abschließend wünscht Herr Bähr ihm alles Gute für die Zukunft und hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit seiner Nachfolge.

Die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses findet am 27. November 2023 statt.

Protokollführerin
gez.
Svenja Tegel

Vorsitzender
gez.
Albrecht Bähr

Anlagen